



Bezirksregierung Arnberg

Geschäftsstelle des Regionalrates

E-Mail-Adresse: geschaeftsstelle.regionalrat@bezreg-arnsberg.nrw.de

Tel.: 02931/82-2341, 2324, 2306 od. 2839 **Fax.:** 02931/82-3427 od. 40495

Vorlage 36/03/04

Sitzung des Regionalrates am 14. 10. 2004

TOP : 11

Integrierte Gesamtverkehrsplanung (IGVP)

- Bericht zum Sachstand

Berichterstatter/-in: AD Eickhoff

Bearbeiter/in: LRD Vogel
RBOI zA Allefeld

Beschlussvorschlag:

Der Regionalrat nimmt den Bericht zur Kenntnis

Begründung:

Seit der letzten Unterrichtung des Regionalrates in der Sitzung am 25. März 2004 durch die Beratungsvorlage 02/01/04 fanden am 18. März eine Sitzung des Lenkungskreises und die des regionalen Arbeitskreises am 22. März statt.

Im Juni 2004 wurde von der Projektgruppe der „Bericht zu Bewertungssystem und -methodik“ – kurz: Methodenband vorgelegt.

Bewertungsverfahren in der Verkehrsplanung dienen dazu, die vielfältigen Wirkungen von Vorhaben in den Bereichen gesellschaftliche und individuelle Mobilität, Umwelt, Städtebau, Raumordnung, Wirtschaft etc. transparent zu machen und als Entscheidungsgrundlage für die Politik aufzubereiten. Sie bestehen aus zwei zentralen Bausteinen, den Indikatoren als Messgrößen für die Wirkungen und den Verfahren zur Aufbereitung der mit den Indikatoren erzielten Einzelergebnisse zu einem Gesamtergebnis.

Diesem Bewertungssystem werden alle innerhalb der IGVP angemeldeten Vorhaben unterzogen. Durch ein Punktesystem kann eine Wertigkeit zwischen den einzelnen Projekten dargestellt werden. Nachdem die wissenschaftliche Bewertung durch die Gutachter abgeschlossen ist, werden die bewerteten Maßnahmen in einer Liste dem Regionalrat zugeleitet.

Rechtliche Grundlage für die Mitwirkung des Regionalrates bei der Aufstellung des Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan bildet § 7 Abs. 4, 2 und 3 des Landesplanungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Februar 2001, zuletzt geändert am 17. Mai 2001 (LPIG).

Dort ist geregelt, dass der Regionalrat auf der Grundlage des Landesentwicklungsprogramms, des Landesentwicklungsplans, der integrierten Gesamtverkehrsplanung und der Gebietsentwicklungspläne über die Vorschläge der Region für die Verkehrsinfrastrukturplanung (gesetzliche Bedarfs- und Ausbaupläne des Bundes und des Landes) sowie für die jährlichen Ausbauprogramme für Landesstraßen und Förderprogramme für den kommunalen Straßenbau und den öffentlichen Personennahverkehr beschließt.

Auf der Grundlage der durch die Gutachter erarbeiteten Bewertung beschließt der Regionalrat im Rahmen seines politischen Ermessens eine Prioritätenliste der Vorhaben.

Nach der Beschlussfassung durch den Regionalrat werden die Vorhaben vom Verkehrsministerium zum Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan zusammengeführt und dem Verkehrsausschuss des Landtags zur Herstellung des Einvernehmens zugeleitet.

Dieser neue Plan ersetzt dann sowohl den bisher noch gültigen Landesstraßenbedarfsplan als auch den ÖPNV-Bedarfsplan.

Abschließend werden entsprechende Ausbaupläne für Landesstraßen und ÖPNV aus dem Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan entwickelt.

Zur Zeit werden noch fehlende Angaben zu den Vorhaben durch die Gutachter in bilateralen Gesprächen mit den Aufgabenträgern / Baulastträgern eingeholt. Nach Abschluss dieser Arbeiten werden die Vorhaben im Internet an bekannter Stelle (www.igvp.nrw.de) eingestellt. Dies soll Herbst 2004 erfolgen.

Anschließend werden die Vorhaben dem Bewertungssystem zugeführt. Da das Verfahren, das durch einen Großrechner unterstützt wird, sehr zeitaufwändig ist, werden die Bewertungsergebnisse erst gegen Ende des laufenden Jahres vorliegen.

Danach werden in der ersten Jahreshälfte 2005 die Vorhaben dem Regionalrat zur Beschlussfassung zugeführt.

In Umsetzung des Beschlusses des Regionalrates vom 25. 03. 2004 habe ich das MVEL um seine Teilnahme und Entsendung der Gutachter in eine Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates gebeten.

Dazu wurde im Rahmen einer RP- Konferenz am 20.9.2004 mitgeteilt, es sei beabsichtigt, das Verfahren und die Systematik des Bewertungssystems im 1. Quartal 2005 den Regionalräten vorzustellen.